

Verband Familienarbeit

Wird sich Ihre Partei im Landtag dafür einsetzen, dass in Nordrhein-Westfalen ein Landesbetreuungsgeld eingeführt wird, mit dem Eltern sowohl die Eigenbetreuung als auch eine Fremdbetreuung ihrer Wahl finanzieren können?

Inwiefern wird Ihre Partei die vom Grundgesetz her gebotene Wahlfreiheit aller Eltern bei der finanziellen Behandlung der Kinderbetreuung durchsetzen, unabhängig davon, ob die Betreuung durch die Eltern selbst oder in Betreuungseinrichtungen erfolgt?

Die beiden Fragen werden im Sachzusammenhang beantwortet.

Erziehung ist primäre Aufgabe der Eltern. Sie entscheiden eigenständig, ob ihre Kinder vor Einsetzen der Schulpflicht eine Bildungs- oder Betreuungseinrichtung besuchen sollen. Die Parteien der Ampel haben sich jedoch in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, Familien stärker dabei zu unterstützen, wenn sie Zeit für Erziehung benötigen und dabei Erwerbs- und Sorgearbeit partnerschaftlich aufteilen wollen.

Auf Landesebene wollen wir mit den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung den Eltern ein attraktives Angebot unterbreiten, Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können. Dieses soll für ihre Kinder einen zusätzlichen Beitrag zu mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit leisten.

Wir wollen daher den Ausbau von Betreuungsplätzen fortsetzen und Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungs- und Bildungsqualität umsetzen. Dazu zählt beispielsweise die Stärkung von alltagsintegrierter Sprachbildung, plusKITAs sowie von MINT- und digitaler Bildung, um für mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit zu sorgen und (verborgene) Talente der Kleinsten frühzeitig zu fördern. Um noch mehr Kindern die Option zu eröffnen, frühzeitig Zugang zu frühkindlicher Bildung zu erhalten, wollen wir Eltern durch noch mehr beitragsfreie Jahre finanziell entlasten.

Inwiefern wird sich Ihre Partei im Bundesrat für eine Beseitigung der Diskriminierung von Eltern mehrerer Kinder und von jungen Eltern im Elterngeldgesetz einsetzen, die sich aufgrund der „Lohnersatzfunktion“ ergibt.

Wir unterstützen das Vorhaben der von der FDP getragenen Bundesregierung, das Elterngeld sowie die damit zusammenhängenden Verfahren zu vereinfachen, zu digitalisieren und dadurch auch die gemeinschaftliche elterliche Verantwortung zu stärken.

Familien mit mittlerem und niedrigem Einkommen wollen wir nachhaltig unterstützen und Kinderarmut entgegenwirken. Wir unterstützen daher den von der Bundesregierung geplanten Neustart der Familienförderung, die vorsieht, bisherige finanzielle Unterstützungen – wie Kindergeld, Leistungen aus SGB II/XII für Kinder, Teile des Bildungs- und Teilhabepakets, sowie den Kinderzuschlag – in einer einfachen, automatisiert berechnet und ausgezahlten Förderleistung zu bündeln.

Inwieweit wird sich Ihre Partei, sollte sie Regierungsverantwortung erhalten, (z.B. über den Bundesrat) dafür einsetzen, dass mehr Gerechtigkeit gegenüber den Eltern erfolgt statt des bestehenden Prinzips „Eltern investieren; Kinderlose profitieren davon aber mehr als die Eltern selbst.“

Wir wollen Familien entlasten, weiter stärken und setzen uns für mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine selbstbestimmte Rollenverteilung sowie Unterstützung im Falle der Pflege von Angehörigen ein. Mehr beitragsfreie Kita-Jahre, der Ausbau von Betreuungsplätzen, auch in Randzeiten, die Stärkung von Familienbildung und -beratung, die Vereinfachung von Unterstützungsleistungen sowie umfassende Ferien- und Unterstützungsprogramme für

benachteiligte und besonders belastete Kinder und Jugendliche sollen Eltern Sorgen nehmen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.

Darüber hinaus wollen wir, dass sich mehr Menschen, insbesondere Familien mit Kindern, den Traum vom Eigenheim verwirklichen können. Denn Wohneigentum ist auch ein Beitrag zur eigenen Altersvorsorge. Das von uns auf den Weg gebrachte Landesprogramm über 400 Millionen Euro zur Entlastung beim Kauf von selbstgenutztem Wohneigentum ist deswegen ein wichtiger Schritt. Sobald die angekündigte bundesgesetzliche Grundlage besteht, wollen wir einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer für den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum einführen. Dies soll insbesondere jungen Familien zu Gute kommen.

Befürwortet Ihre Partei die Ausweitung von verpflichtenden Ganztagschulen?

Wenn ja, wie halten sie das vereinbar mit dem Elternrecht, ihre Kinder neben der Schule gemäß deren speziellen Neigungen und Bedürfnissen individuell zu fördern (auf sportlichem, künstlerischem Gebiet u.a.)?

Ganztagsangebote verbessern nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sie sind auch ein wesentlicher Beitrag für mehr Bildung und Chancengerechtigkeit. Wir werden daher den Rechtsanspruch auf Ganztags- und Betreuungsangebote im Zusammenwirken zwischen Bund, Ländern und Kommunen professionell umsetzen und hierzu zusätzlich zum bislang bereits erfolgreich realisierten Platzausbau mindestens 200.000 zusätzliche Ganztagsplätze schaffen. Insbesondere der Bund muss hierzu eine dauerhafte, verlässliche und angemessene Finanzierung sicherstellen. Wir wollen im Dialog mit Kommunen, Trägern und Eltern die Ganztagsbetreuung weiterentwickeln und dabei auch Wege zum gebundenen Ganztags im Grundschulbereich zur Stärkung von Chancengerechtigkeit und bester Bildung einbeziehen.